Deutscher Bundestag **Drucksache 14/5300**

14. Wahlperiode 12. 02. 2001

Beschlussempfehlung und Bericht

des Finanzausschusses (7. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Horst Friedrich (Bayreuth), Hildebrecht Braun (Augsburg), Rainer Brüderle, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 14/4254 –

Kraftfahrzeugsteuer für schwere Lkw auf EU-Niveau senken – Bedingungen am Güterkraftverkehrsmarkt harmonisieren

A. Problem

Der Antrag fordert Maßnahmen zur steuerlichen Entlastung des deutschen Güterkraftverkehrsgewerbes zum Ausgleich von Wettbewerbsnachteilen gegenüber seinen europäischen Konkurrenten.

B. Lösung

a) Ablehnung des Antrags.

b) Verabschiedung einer Entschließung, die die Bundesregierung auffordert, dem Deutschen Bundestag einen Bericht über Wettbewerbsverzerrungen im europäischen Güterkraftverkehrsgewerbe vorzulegen und ihn über die bisher unternommenen Schritte zur Beseitigung der Harmonisierungsdefizite sowie über die Widerstände bei der Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen zu informieren.

Der Antrag – Drucksache 14/4254 – wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P abgelehnt

Die Entschließung wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. angenommen

C. Alternativen

Annahme des Antrags der Fraktion der F.D.P. auf Drucksache 14/4254.

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

a) den Antrag – Drucksache 14/4254 – abzulehnen,

b) folgende Entschließung zu fassen:

„Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- dem Deutschen Bundestag einen Bericht vorzulegen, aus dem die Wettbewerbsverzerrungen im europäischen Güterkraftverkehrsgewerbe bei Steuer- sowie bei Sozial- und Umweltstandards hervorgehen;
- dem Deutschen Bundestag darüber zu berichten, welche Schritte die Bundesregierung in den letzten zwei Jahren bereits unternommen hat, um die Harmonisierungsdefizite zu verringern;
- den Deutschen Bundestag darüber zu informieren, wo die Widerstände gegen eine Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen in erster Linie zu suchen sind.“

Berlin, den 7. Februar 2001

Der Finanzausschuss

Christine Scheel	**Gerhard Schüßler**
Vorsitzende	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Gerhard Schüßler

1. Verfahrensablauf

Der Antrag der Fraktion der F.D.P. zur Senkung und Harmonisierung der Kraftfahrzeugsteuer für schwere Lkw – Bundestagsdrucksache 14/4254 – ist dem Finanzausschuss in der 125. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. Oktober 2000 zur federführenden Beratung sowie den Ausschüssen für Wirtschaft und Technologie, für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen und für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen worden. Im Finanzausschuss ist die Vorlage am 7. Februar 2001 behandelt worden. Von den mitberatenden Ausschüssen haben sich der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie in seiner Sitzung am 17. Januar 2001, der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen in seiner Sitzung am 8. November 2000 und der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union in seiner Sitzung am 6. Dezember 2000 mit der Vorlage befasst.

2. Inhalt der Vorlage

Der Antrag zielt darauf ab, dem deutschen Güterkraftverkehrsgewerbe einen Ausgleich für die durch die Ökosteuer bedingten Preiserhöhungen beim Dieselkraftstoff und für die Wettbewerbserleichterungen in den Nachbarstaaten zu gewähren. Dazu soll insbesondere die Kraftfahrzeugsteuer für schwere Lkw auf das EU-Mindestniveau abgesenkt werden. Diese Absenkung soll – zur Beschleunigung der Einführung schadstoffarmer Motoren – für schwere Lkw ab der Schadstoffklasse EURO 3 eingeführt werden. Weiterhin soll die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag bis zum 30. April 2001 einen Bericht über bestehende Harmonisierungsdefizite am europäischen Güterverkehrsmarkt vorlegen.

3. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS abgelehnt.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** schlägt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. vor, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung der Vorlage zu empfehlen. Darüber hinaus empfiehlt er einstimmig die Annahme des folgenden von den Koalitionsfraktionen eingebrachten Entschließungsantrags:

„Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

– dem Deutschen Bundestag einen Bericht vorzulegen, aus dem die Wettbewerbsverzerrungen im europäischen Güterkraftverkehrsgewerbe bei Steuer- sowie bei Sozial- und Umweltstandards hervorgehen;

– dem Deutschen Bundestag darüber zu berichten, welche Schritte die Bundesregierung in den letzten zwei Jahren bereits unternommen hat, um die Harmonisierungsdefizite zu verringern;

– den Deutschen Bundestag darüber zu informieren, wo die Widerstände gegen eine Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen in erster Linie zu suchen sind.“

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** schlägt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der F.D.P. und einigen Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei einer Enthaltung in der Fraktion der CDU/CSU vor, den Antrag abzulehnen.

4. Ausschussempfehlung

Die Fraktion der F.D.P. verweist zur Begründung des von ihr eingebrachten Antrags in Bundestagsdrucksache 14/4254 auf die entsprechenden Ausführungen in dieser Vorlage.

Die Fraktion der PDS hat ihre Ablehnung des Antrags damit begründet, dass die vorgesehene Steuersenkung für schwere Lkw ab Schadstoffklasse EURO 3 auf das EU-Mindestniveau keinen Beitrag zur notwendigen Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene darstelle. Eine solche Maßnahme sei auch kein Beitrag zur Steuerharmonisierung in Europa. Die Fraktion der PDS hat ihre Forderung nach Einführung einer Schwerlastabgabe bei gleichzeitiger Neugestaltung der Kraftfahrzeugsteuer für Lkw wiederholt.

Die Koalitionsfraktionen haben den Standpunkt vertreten, es sei zweckmäßig, vor der Einführung von Maßnahmen in diesem Bereich zunächst von der Bundesregierung einen Bericht über die Lage auf dem europäischen Güterkraftverkehrsmarkt unter Wettbewerbsgesichtspunkten erstatten zu lassen. Deshalb haben sie den Antrag der Fraktion der F.D.P. abgelehnt, zugleich aber einen Entschließungsantrag vorgelegt, mit dem die Bundesregierung aufgefordert werden soll, dem Deutschen Bundestag einen Bericht über die Wettbewerbsbedingungen im europäischen Güterverkehrsgewerbe im Hinblick auf Steuer-, Sozial- und Umweltstandards zu erstatten. Darüber hinaus soll die Bundesregierung aufgefordert werden, den Deutschen Bundestag über die von ihr in den vergangenen zwei Jahren ergriffenen Maßnahmen zur Beseitigung der Harmonisierungsdefizite und über die Widerstände gegen eine Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen zu informieren.

Der Antrag der Fraktion der F.D.P. in Bundestagsdrucksache 14/4254 ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. abgelehnt worden. Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. angenommen worden.

Berlin, den 7. Februar 2001

Gerhard Schüßler
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333